



Analyse des Budgetdienstes

Vorläufiger Gebarungserfolg 2012 (125/BA)

Analysegrundlagen

Die Bundesministerin für Finanzen legte dem Nationalrat den vorläufigen Gebarungserfolg für das Jahr 2012 vor. Weiters präsentierte die Statistik Austria Ende März die gesamtstaatlichen Maastricht-Ergebnisse für das Jahr 2012. Die Analyse nimmt auf beide Datenquellen Bezug, Zahlenangaben sind gerundet.

Maastricht-Ergebnisse

Das Maastricht-Defizit Österreichs ist 2012 mit 2,48 % des BIP deutlich geringer ausgefallen als zuletzt prognostiziert (der Budgetbericht 2013 ging für 2012 noch von steigenden Defiziten für Bund, Länder und Gemeinden im Vergleich zu 2011 und einem gesamtstaatlichen Defizit von 3,12 % aus).

Gesamtstaatliches Defizit

	2007	2008	2009	2010	2011	2012	BVA 2013
<i>in Mrd. EUR</i>	-2.372	-2.635	-11.330	-12.866	-7.385	-7.684	-7.355
<i>in % des BIP</i>	-0,87	-0,93	-4,10	-4,49	-2,46	-2,48	-2,33
Bundessektor	-0,89	-1,07	-3,17	-3,46	-2,39	-2,62	-1,96
Landesebene (ohne Wien)	0,01	0,02	-0,72	-0,79	-0,23	-0,08	-0,35
Gemeindeebene (einschl. Wien)	0,11	0,06	-0,28	-0,43	-0,04	0,08	-0,07
Sozialversicherungsträger	-0,09	0,05	0,07	0,19	0,20	0,14	0,05

Quellen: Statistik Austria, BMF Budgetbericht BVA 2013

Das Maastricht-Defizit liegt damit wie bereits 2011 unter der Maastricht-Grenze von 3 % des Brutto-Inlandsproduktes. Dabei konnten die Länder und Gemeinden ihre Ergebnisse gegenüber dem Vorjahr verbessern, das Bundesdefizit ist hingegen leicht angestiegen.

Mit 2,62 % des BIP ist das Maastricht-Defizit des Bundes zwar geringer als erwartet, es liegt aber über dem Vorjahresergebnis von 2,39 % und ist um rd. 0,95 Mrd. EUR auf 8,3 Mrd. EUR angestiegen.



Die Länder (ohne Wien) verringerten ihr Defizit hingegen von 0,23 % im Vorjahr auf 0,08 %, das bedeutet einen Rückgang um 455 Mio. EUR auf 240 Mio. EUR. Die Gemeindeebene (einschl. Wien) erzielte 2012 einen Maastricht-Überschuss von 0,08 % bzw. 237 Mio. EUR, nach einem Maastricht-Defizit von 128 Mio. EUR im Vorjahr.

Gesamtstaatlicher Schuldenstand

	2007	2008	2009	2010	2011	2012	BVA 2013
<i>in Mio. EUR</i>	165.024	180.475	191.069	206.087	217.879	227.431	238.461
<i>in % des BIP</i>	60,2	63,8	69,2	72,0	72,5	73,4	75,4
Bundessektor	54,5	57,6	61,2	62,6	62,9	64,2	
Landesebene (ohne Wien)	3,4	3,8	4,8	5,9	5,9	5,6	
Gemeindeebene (einschl. Wien)	1,8	1,9	2,2	2,8	3,0	3,1	
Sozialversicherungsträger	0,5	0,6	0,9	0,7	0,6	0,6	

Quellen: Statistik Austria, BMF Budgetbericht BVA 2013

Mit Ende 2012 betrug der gesamtstaatliche Schuldenstand 227,4 Mrd. EUR oder 73,4 % des Brutto-Inlandsproduktes (BIP). Damit stieg der öffentliche Schuldenstand im Vergleich zum Vorjahr um 9,6 Mrd. EUR an und erreichte einen Höchststand, der deutlich über dem Maastricht-Kriterium von 60 % des BIP liegt. Dies ist auf die Zunahme der Schulden des Bundes zurückzuführen, die 2012 um 9,7 Mrd. EUR auf 198,8 Mrd. EUR anstiegen. Der Anstieg der Schulden im Jahr 2012 lag über dem Defizit, weil einzelne erforderliche Finanzierungen nicht defizitwirksam waren (z.B. ESM-Überweisungen, Partizipationskapital, Darlehensgewährungen). Auf Landesebene (ohne Wien) sanken die öffentlichen Schulden hingegen um 0,5 Mrd. EUR auf 17,4 Mrd. EUR, die Gemeinden (einschl. Wien) verzeichneten wie der Bund einen Anstieg um 0,3 Mrd. EUR auf 9,5 Mrd. EUR.

Bundshaushalt gemäß dem vorläufigen Gebarungserfolg 2012

Überblick

Das administrative Defizit des Bundes betrug 6,95 Mrd. EUR (2,2 % des BIP) und stieg damit im Vergleich zum Vorjahr um rd. 2,6 Mrd. EUR an. Das höhere Defizit resultierte aus einem stärkeren Anstieg der Ausgaben um 5,1 Mrd. EUR oder 7,5 % auf 72,9 Mrd. EUR gegenüber den Einnahmen, die sich um 2,5 Mrd. EUR oder 3,9 % auf 65,9 Mrd. EUR ebenfalls erhöhten.



Überblick über den Bundeshaushalt

	2007	2008	2009	2010	2011	vorl. Erf 2012	BVA 2013
<i>in Mio. EUR</i>							
Auszahlungen	65.897	74.477	69.457	67.287	67.814	72.881	75.006
Einzahlungen	63.027	64.913	62.376	59.434	63.452	65.931	68.678
Administrativer Saldo	-2.870	-9.564	-7.080	-7.853	-4.362	-6.950	-6.327
Maastrichtsaldo Bund	-2.437	-3.025	-8.767	-9.921	-7.150	-8.126	-6.181
Primärsaldo Bund	4.882	3.917	-5.990	-3.067	832		
BIP	274.020	282.744	276.151	286.397	300.712	309.901	316.160
<i>in % des BIP</i>							
Auszahlungen	24,0%	26,3%	25,2%	23,5%	22,6%	23,5%	23,7%
Einzahlungen	23,0%	23,0%	22,6%	20,8%	21,1%	21,3%	21,7%
Administrativer Saldo	-1,0%	-3,4%	-2,6%	-2,7%	-1,5%	-2,2%	-2,0%
Maastricht-Defizit Bund	-0,9%	-1,1%	-3,2%	-3,5%	-2,4%	-2,6%	-2,0%
Primärsaldo Bund	1,8%	1,4%	-2,2%	-1,1%	0,3%		

Quellen: BRA, BMF, Maastrichtnotifikation September 2012, vorläufiger Gebarungserfolg 2012, Statistik Austria

Voranschlagsvergleich

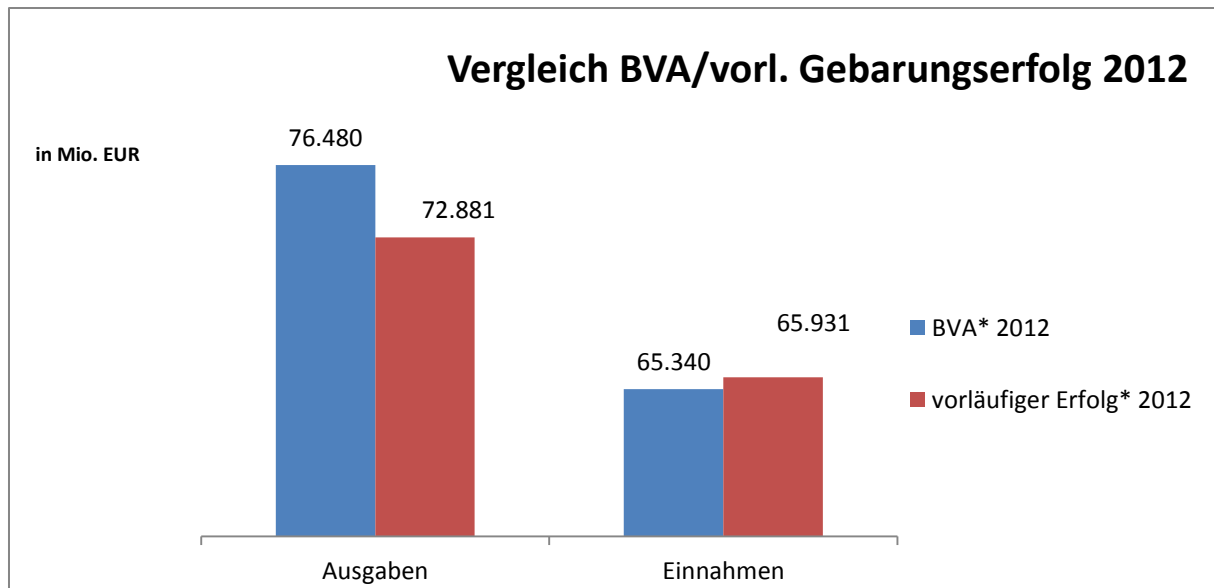
Detaillierte Tabellen zum Voranschlagsvergleich können dem Bericht des BMF über den vorläufigen Gebarungserfolg 2012 (Tabelle 11 und 12; Seite 15ff) oder dem Anhang zur Analyse entnommen werden.

Voranschlagsvergleich allgemeiner Haushalt

	2011				2012			
	BVA	Erfolg	Abweichung		BVA	vorl. Erf 2012	Abweichung	
	Mio. EUR	Mio. EUR	Mio. EUR	%	Mio. EUR	Mio. EUR	Mio. EUR	%
Ausgaben	70.162	67.814	-2.349	-3,3	76.480	72.881	-3.599	-4,7
Einnahmen	62.540	63.452	911	1,5	65.340	65.931	591	0,9
Saldo	-7.622	-4.362	3.260	-42,8	-11.140	-6.950	4.190	-37,6

Quellen: BRA, BMF, vorläufiger Gebarungserfolg 2012

Das administrative Defizit des Bundes 2012 war mit 6,95 Mrd. EUR trotz des Anstieges gegenüber dem Vorjahr um 4,19 Mrd. EUR niedriger als der veranschlagte Abgang von 11,14 Mrd. EUR.



BVA* 2012) Inkl. der 1. BFG-Novelle BGBl. I Nr. 25 vom 12.04. 2012 sowie der 2. BFG-Novelle BGBl. I Nr. 62 vom 24. 07.2012
Vorläufiger Gebarungserfolg * 2012)

Das gegenüber dem Voranschlag deutlich geringere Defizit war insbesondere darauf zurückzuführen, dass die tatsächlichen **Ausgaben** – wie bereits im Vorjahr – mit 72,88 Mrd. EUR um 3,60 Mrd. EUR wesentlich geringer waren als für 2012 budgetiert. Die wesentlichen Gründe für die Voranschlagsunterschreitung waren in zwei Untergliederungen begründet: Das günstige Zinsniveau führte zu Minderausgaben von 1,33 Mrd. EUR, veranschlagte Griechenlanddarlehen von 516 Mio. EUR wurden auf den EFSF umgeschichtet und für Haftungen für Ausfuhrförderungen wurden 390 Mio. EUR weniger benötigt. Darüber hinaus erfolgten bedeutende Minderausgaben iHv 272 Mio. EUR bei der Untergliederung 43-Umwelt insb. im Bereich Förderungen und Emissionszertifikatehandel (JI/CDM-Programm) sowie von 229 Mio. EUR beim Bundeszuschuss zur gesetzlichen Sozialversicherung.

Zum geringeren Defizit trugen aber auch die höher als erwarteten **Einnahmen** bei, die mit 65,931 Mrd. EUR um 591 Mio. EUR über dem Voranschlagsbetrag lagen. Zwischen den einzelnen Einnahmepositionen gab es jedoch deutliche Verschiebungen. Die höheren Einnahmen sind insbesondere darauf zurückzuführen, dass 1,20 Mrd. EUR mehr an Rücklagen entnommen oder aufgelöst wurden als budgetiert. Es handelt sich dabei um Rücklagen, die schon vor der Haushaltsrechtsreform 2009 gebildet wurden und die bis Ende 2012 verbraucht werden mussten oder (bis auf wenige Ausnahmen) aufgelöst wurden. Wesentliche Mehreinnahmen von 451 Mio. EUR resultierten vor allem auch aus höheren Arbeitslosenversicherungsbeiträgen und Überweisungen für Lehrlingsbeihilfen aus dem IESF sowie von 183 Mio. EUR aus der gesetzlichen Pensionsversicherung. Die öffentlichen



Abgaben blieben hingegen um 1,07 Mrd. EUR hinter dem Voranschlag zurück, wobei die Entwicklung bei den einzelnen Abgabenarten unterschiedlich war. Weitere bedeutende Mindereinnahmen iHv insgesamt 712 Mio. EUR entstanden aus der Verschiebung der Veräußerung einer Funklizenz, geringeren Einnahmen aus Haftungen und der Verschiebung der Veräußerung der Kommunalkredit.

Wirtschaftsentwicklung im Vergleich zu den Annahmen im BVA 2012

Ein Vergleich der tatsächlichen Wirtschaftsentwicklung gemäß den jüngst verfügbaren Daten mit den Annahmen, die der Budgetierung für 2012 gemäß dem Budgetbericht 2012 zugrunde gelegt wurden (WIFO Konjunkturprognose September 2011), zeigt, dass sich einige Wirtschaftsdaten mit direkter Auswirkung auf den Bundeshaushalt im Vergleich zum Voranschlag günstig verändert haben.

	Ausblick Budgetbericht 2012			IST 2012
	2010	2011	2012	
Bruttoinlandsprodukt				
Real	2,3	2,9	0,8	0,8
Nominell	4,1	4,9	2,9	3,1
nominell, absolut, in Mrd. EUR	286,2	300,3	309,1	309,9
Verbraucherpreise	1,9	3,1	2,1	2,4
Lohn- und Gehaltssumme, brutto				
Nominell	2,4	4,6	2,9	4,3
Pro Kopf, nominell	1,2	2,7	2,5	2,9
Unselbstständig aktiv Beschäftigte	0,8	1,8	0,4	1,4
Arbeitslose				
in 1.000	250,8	246,3	257,3	260,6
Arbeitslosenquote (Eurostat)				
in % der unselbstständig Beschäftigten	4,4	4,2	4,4	4,4

Quelle: WIFO, September 2011 (aus Budgetbericht 2012), Konjunkturprognose März 2013

So sind insbesondere das nominelle BIP und die Verbraucherpreise stärker als noch bei der Budgeterstellung erwartet angestiegen. Auch die Anzahl der unselbstständig aktiv Beschäftigten und die nominelle Bruttolohn- und Gehaltssumme sind deutlich stärker als ursprünglich angenommen gewachsen. Allerdings war bei gleicher Arbeitslosenquote die Anzahl der Arbeitslosen etwas höher als der Budgeterstellung zugrunde gelegt.

Diese insgesamt positiven volkswirtschaftlichen Effekte wirkten sich auf eine Reihe von Einnahmen- und Ausgabenpositionen gegenüber dem Voranschlag günstig aus (insbesondere höhere Arbeitslosenversicherungsbeiträge, höhere Lohn- und Umsatzsteuern, geringere Leistungen aus der Arbeitslosenversicherung, geringerer Bundeszuschuss zur gesetzlichen Sozialversicherung, Überschuss aus der Gebarung des FLAF).



Zum erwarteten Zinssatz und den Auswirkungen auf die Zinszahlungen des Bundes waren dem Budgetbericht 2012 keine Angaben zu entnehmen. Die Konjunkturprognose des WIFO ging im September 2011 von einer Sekundärmarktrendite für 10-jährige Bundesanleihen von 3,2 % aus. Tatsächlich lag die Rendite für langfristige staatliche Schuldverschreibungen im Jahr 2012 bei 2,29 % und damit um 1 %-Punkt niedriger als im Vorjahr (3,29 %).

Entwicklung der Auszahlungen und Einzahlungen des Bundes auf Untergliederungsebene

Ausgaben/Auszahlungen

Die nachstehende Tabelle verschafft einen Überblick über die Ausgaben/Auszahlungsentwicklungen auf UG-Ebene im Zeitraum 2009 bis 2016 und weist die Entwicklung von 2009 bis 2012 (in Prozent) anhand der Erfolgsdaten sowie die geplante Entwicklung von 2012 bis 2016 (in Prozent) auf Basis des derzeit gültigen Bundesfinanzrahmens aus.

Es zeigt sich, dass die Auszahlungen von 2009 auf 2012 um insgesamt 5 % auf nunmehr 72,88 Mrd. EUR anstiegen und nach dem derzeit gültigen Bundesfinanzrahmen bis Ende 2016 um weitere 5 % ansteigen werden. Die größten Steigerungen (in Prozent) im Zeitraum 2009 auf 2012 erfolgten in der UG 21-Soziales und Konsumentenschutz, in der UG 41-Verkehr, Innovation und Technologie sowie bei der UG 45-Bundesvermögen. Eine Ausgabensenkung gab es ausschließlich in sechs Untergliederungen (UG 10-Bundeskanzleramt; UG 12-Äußeres; UG 40-Wirtschaft; UG 42-Land-, Forst- und Wasserwirtschaft; UG 58-Finanzierungen und Währungstauschverträge sowie UG 46-Finanzmarktstabilität). Die relevantesten Veränderungen erfolgten beim Bundesvermögen (+60 %) und bei der Finanzmarktstabilität (-61 %).



Ausgehend vom gültigen Bundesfinanzrahmen soll es bis zum Jahr 2016 bei 12 Untergliederungen zu einer Ausgabensenkung und bei 20 Untergliederungen zu einer Steigerung der Ausgaben kommen.¹ Relevante Steigerungen (in Prozent) sind für die Bereiche Finanzierungen und Währungstauschverträge, Finanzausgleich, Verkehr, Innovation und Technologie (beim Ressort und dem Forschungsbereich), Bundeskanzleramt und Volksanwaltschaft geplant. Wesentliche Auszahlungssenkungen bis zum Jahr 2016 finden sich in den UGL Bundesvermögen (-58 %), Kassenverwaltung (-25 %) und Finanzmarktstabilität (-93 %).

Auf Ebene der Rubriken finden sich im Zeitraum 2012 auf 2016 die wesentlichsten geplanten Veränderungen in der Rubrik 4 Wirtschaft, Infrastruktur und Umwelt² mit -19 % (im Zeitraum 2009 bis 2012: -15 %) und in der Rubrik 5 Kassa und Zinsen mit +31 % (im Zeitraum 2009 bis 2012: -1 %).

Nähere inhaltliche Analysen werden bei der Behandlung des Finanzrahmens 2014 bis 2017 erfolgen.

¹ Dabei ist zu beachten, dass in den Ausgaben für das Jahr 2012 einmalig Vorlaufzahlungen aufgrund einer Änderung der zeitlichen Abgrenzung durch die Haushaltsrechtsreform enthalten sind (budgetierter Wert 1,252 Mrd. EUR). Im Jahr 2013 hingegen wird erstmalig sowohl unter den Auszahlungen als auch unter den Einzahlungen ein saldenneutraler Dienstgeberbeitrag von veranschlagten 853 Mio. EUR für die Pensionen der Beamtinnen und Beamten verrechnet.

² Die Kürzungen betreffen insbesondere die UGL Bundesvermögen und Finanzmarktstabilität.



Bezeichnung	Erfolg				BVA	Finanzrahmen ¹					Entw. in %	
	2009	2010	2011	2012	2013	2014	2015	2016	2017	2009 - 2012	2012 - 2017	
Recht und Sicherheit												
Präsidentenkanzlei	7,2	7,0	7,5	7,8	7,8	7,5	7,4	7,6	7,8	9%	-1%	
Bundesgesetzgebung	143,6	137,1	136,3	163,4	136,3	137,6	138,3	142,3	144,2	14%	-12%	
Verfassungsgerichtshof	9,9	11,0	11,8	12,6	12,8	14,1	14,8	15,1	15,4	28%	22%	
Verwaltungsgerichtshof	15,5	15,5	15,7	16,8	18,1	18,8	18,7	19,0	19,6	8%	17%	
Volksanwaltschaft	6,4	6,3	6,3	7,7	10,2	10,0	10,1	10,3	10,5	22%	36%	
Rechnungshof	28,5	27,2	27,4	30,3	30,6	30,4	30,3	31,2	32,1	7%	6%	
Bundeskanzleramt	308,5	316,1	326,3	277,4	335,8	340,1	327,9	330,5	334,6	-10%	21%	
Inneres	2.305,7	2.300,3	2.294,9	2.404,1	2.505,0	2.494,7	2.473,9	2.536,3	2.598,7	4%	8%	
Äußeres	408,6	430,5	416,6	398,3	402,6	380,3	384,5	387,3	391,3	-3%	-2%	
Justiz	1.162,5	1.174,8	1.201,7	1.276,4	1.289,2	1.299,7	1.293,6	1.312,9	1.334,8	10%	5%	
Militärische Angelegenheiten und Sport	2.100,8	2.131,1	2.158,2	2.205,3	2.149,4	2.133,8	2.021,3	2.057,5	2.094,0	5%	-5%	
Finanzverwaltung	964,2	1.052,1	1.099,4	1.143,2	1.193,8	1.101,5	1.096,2	1.118,1	1.140,1	19%	0%	
Öffentliche Abgaben	48,4	4,1	-	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	-100%	0%	
Rubrik 0, 1	7.509,7	7.613,2	7.701,9	7.943,6	8.091,7	7.978,7	7.827,1	7.978,2	8.133,2	6%	2%	
Arbeit, Soziales, Gesundheit und Familie												
Arbeit	5.873,7	6.335,1	6.034,2	6.110,5	6.405,8	6.593,0	6.581,3	6.610,3	6.848,8	4%	12%	
Soziales und Konsumentenschutz	2.220,9	2.321,0	2.454,3	2.986,9	2.900,8	2.925,9	2.982,5	3.041,6	3.044,2	34%	2%	
Pensionsversicherung (Sozialversicherung)	8.693,2	9.238,3	9.113,8	9.795,3	9.966,2	10.098,7	9.883,3	10.074,4	10.384,7	13%	6%	
Pensionen - Beamtinnen und Beamte	7.634,3	7.834,9	8.007,6	8.917,9	8.693,9	8.948,7	9.281,2	9.817,8	10.079,6	17%	13%	
Gesundheit	852,0	995,2	904,3	949,9	925,8	943,3	971,6	961,1	1.003,0	11%	6%	
Familie und Jugend	6.188,0	6.528,0	6.293,9	6.371,4	6.566,4	6.800,6	7.073,5	7.354,1	7.613,6	3%	19%	
Rubrik 2	31.462,1	33.252,4	32.808,1	35.131,9	35.458,9	36.320,2	36.783,4	37.869,2	38.983,9	12%	11%	
Bildung, Forschung, Kunst und Kultur												
Unterricht, Kunst u. Kultur	7.125,4	7.101,7	7.847,8	8.353,6	8.502,9	8.428,6	8.482,0	8.664,3	8.801,7	10%	5%	
Wissenschaft und Forschung	3.395,3	3.590,7	3.632,3	3.777,6	4.022,0	3.971,3	3.966,4	3.970,2	3.986,6	11%	6%	
(Kunst und Kultur)	436,4	420,2	-	-	-	-	-	-	-	-	-	
Wirtschaft (Forschung)	76,4	91,9	106,2	110,0	97,9	101,6	101,6	101,6	101,6	44%	-8%	
Verkehr, Innovation und Technologie (Forschung)	329,6	338,1	349,9	339,6	406,1	424,2	429,2	429,1	429,1	3%	26%	
Rubrik 3	11.363,0	11.542,7	11.936,2	12.580,7	13.028,9	12.935,7	12.989,1	13.175,2	13.328,9	11%	6%	
Wirtschaft, Infrastruktur und Umwelt												
Wirtschaft	465,2	467,6	408,7	460,0	421,4	390,6	387,2	391,9	396,6	-1%	-14%	
Verkehr, Innovation und Technologie	2.127,4	2.117,9	2.741,7	2.814,5	2.914,1	3.230,8	3.413,7	3.555,9	3.781,3	32%	34%	
Land-, Forst- und Wasserwirtschaft	2.252,4	2.195,8	2.033,8	2.108,9	2.093,5	2.134,3	2.058,5	2.063,7	2.068,9	-6%	-2%	
Umwelt	697,9	695,8	678,0	735,5	658,3	630,5	631,4	653,4	653,4	5%	-11%	
Finanzausgleich	684,0	736,2	689,3	708,7	804,0	838,9	870,5	908,5	943,2	4%	33%	
Bundesvermögen	973,2	1.780,2	1.563,1	1.556,7	2.260,4	1.540,7	650,5	649,5	1.028,5	60%	-34%	
Finanzmarktstabilität	4.895,6	528,1	79,6	1.887,4	2.429,3	133,1	133,1	133,1	133,1	-61%	-93%	
Rubrik 4	12.095,7	8.521,7	8.194,2	10.271,7	11.581,0	8.909,0	8.154,9	8.366,1	9.014,9	-15%	-12%	
Kassa und Zinsen												
Kassenverwaltung	298,4	614,0	345,6	336,9	337,5	282,5	260,5	254,2	254,2	13%	-25%	
Finanzierungen, Währungstauschverträge	6.727,7	5.742,8	6.827,5	6.615,6	6.508,0	7.903,4	7.905,2	8.859,2	8.859,2	-2%	34%	
Rubrik 5	7.026,1	6.356,8	7.173,1	6.952,6	6.845,5	8.195,9	8.175,7	9.123,4	9.123,4	-1%	31%	
Allgemeiner Haushalt	69.456,6	67.286,9	67.813,5	72.880,4	75.005,8	74.339,4	7.393,3	76.512,2	78.584,4	5%	8%	

Quellen: BRA, BVA, vorläufiger Gebarungserfolg 2012, BFRG 2014-2017

¹ Rubrikensumme beinhaltet Marge gem. § 54 Abs. 8 BHG



Einnahmen/Einzahlungen

Die nachstehende Tabelle gibt einen Überblick über die Entwicklung der Einzahlungen (vormals: Einnahmen) im Zeitraum 2009 bis 2012.

Daraus geht hervor, dass die gesamten Einnahmen/Einzahlungen im Zeitraum 2009 bis 2012 um 6 % auf 65,93 Mrd. EUR anstiegen. Bei den Untergliederungen mit Einzahlungen von über 500 Mio. EUR fanden sich im Zeitraum 2009 bis 2012 die relevantesten Steigerungen (in Prozent) bei der Justiz (+21 %), den öffentlichen Abgaben und Familie und Jugend (je +16 %) sowie bei der Arbeit (+15 %). Die wesentlichsten Verringerungen erfolgten bei der Sozialversicherung (-65 %), der Kassenverwaltung (-55 %) und beim Bundesvermögen (-28 %).

Auf Ebene der Rubriken stiegen die Einzahlungen durchgehend, wobei sich in der Rubrik 0,1 Recht und Sicherheit mit 16 % die wesentlichste Steigerung (in Prozent) fand. Im Vergleich zum vorläufigen Gebarungserfolg 2012 ist im BVA 2013 eine weitere gesamthafte Steigerung um 4 % auf 68,68 Mrd. EUR vorgesehen, nur in der Rubrik 3 Wirtschaft, Infrastruktur und Umwelt sollen sich die Einzahlungen um 24,5 % vermindern.

Nähere inhaltliche Analysen werden ebenfalls bei der Behandlung des Finanzrahmens 2014 bis 2017 erfolgen.



Einzahlungen des Bundes nach finanzwirtschaftlicher Gliederung

in Mio. EUR gerundet

Bezeichnung	Erfolg 2009	Erfolg 2010	Erfolg 2011	vorl. Erfolg 2012	BVA 2013	Entw. in % 2009 - 2012
Recht und Sicherheit						
Präsidentenkanzlei	0,0	0,0	0,1	0,0	0,0	-13%
Bundesgesetzgebung	3,4	3,2	3,6	2,3	2,3	-30%
Verfassungsgerichtshof	0,5	0,5	0,4	0,4	0,4	-15%
Verwaltungsgerichtshof	0,1	0,1	0,1	0,1	0,1	-6%
Volksanwaltschaft	0,2	0,2	0,2	0,2	0,1	8%
Rechnungshof	0,1	0,1	0,1	0,1	0,1	26%
Bundeskanzleramt	3,4	4,0	3,5	3,9	3,8	14%
Inneres	110,3	118,0	126,0	136,3	114,9	24%
Äußeres	4,3	5,1	4,7	3,7	3,7	-13%
Justiz	802,6	830,5	901,5	973,1	921,6	21%
Militärische Angelegenheiten und Sport	291,6	51,3	54,1	68,9	48,5	-76%
Finanzverwaltung	222,8	198,4	231,9	190,8	156,7	-14%
Öffentliche Abgaben	37.637,9	39.815,6	41.931,3	43.806,8	46.426,2	16%
Summe Rubrik 0, 1	39.077,1	41.026,9	43.257,5	45.186,6	47.678,4	16%
Arbeit, Soziales, Gesundheit und Familie						
Arbeit	4.748,2	4.981,9	5.192,0	5.454,0	5.351,8	15%
Soziales und Konsumentenschutz	8,7	6,9	16,6	94,9	210,4	997%
Sozialversicherung	581,8	61,4	508,2	204,7	35,9	-65%
Pensionen	1.590,8	1.491,0	1.485,9	1.642,1	2.350,2	3%
Gesundheit	55,7	160,0	88,3	98,0	44,8	76%
Familie und Jugend	5.585,2	5.756,6	6.085,1	6.472,8	6.638,4	16%
Summe Rubrik 2	12.570,4	12.457,8	13.376,0	13.966,4	14.631,5	11%
Bildung, Forschung, Kunst und Kultur						
Unterricht, Kunst u. Kultur	80,5	79,8	98,6	101,8	80,1	2%
Wissenschaft und Forschung	4,2	3,1	3,5	1,5	0,6	-65%
(Kunst und Kultur)	19,1	18,1	-	-	-	-
Wirtschaft (Forschung)	-	-	-	0,0	0	0%
Verkehr, Innovation und Technologie (Forschung)	1,3	2,2	3,1	3,6	0,0	182%
Summe Rubrik 3	105,0	103,2	105,2	106,8	80,7	2%
Wirtschaft, Infrastruktur und Umwelt						
Wirtschaft	157,1	139,2	200,1	272,6	148,7	74%
Verkehr, Innovation und Technologie	212,0	247,2	310,0	324,6	492,1	53%
Land-, Forst- und Wasserwirtschaft	221,7	213,5	212,8	221,6	181,8	0%
Umwelt	325,1	332,2	337,0	355,7	499,4	9%
Finanzausgleich	436,0	484,8	484,9	508,9	530,9	17%
Bundesvermögen	1.467,9	1.104,9	1.035,6	1.060,1	1.359,6	-28%
Finanzmarktstabilität	277,1	572,2	640,8	512,5	1.246,9	85%
Summe Rubrik 4	3.096,9	3.094,0	3.221,2	3.256,0	4.459,4	5%
Kassa und Zinsen						
Kassenverwaltung	7.527,1	2.752,4	3.491,9	3.415,2	1.828,3	-55%
Finanzierungen, Währungstauschverträge			-	-	-	-
Summe Rubrik 5	7.527,1	2.752,4	3.491,9	3.415,2	1.828,3	-55%
Summe Allgemeiner Haushalt	62.376,5	59.434,2	63.451,8	65.931,1	68.678,3	6%

Quellen: BRA, BVA, vorläufiger Gebarungserfolg 2012



Gebarungserfolg 2012 – Wesentliche Voranschlagsabweichungen Ausgaben

Arbeit und Sozialversicherung

Die gegenüber der Veranschlagung günstigere Konjunkturlage führte in diesen beiden Untergliederungen zu einer deutlich positiven Verbesserung gegenüber dem BVA.

Insbesondere waren die Leistungen nach dem Arbeitslosenversicherungsgesetz um 298 Mio. EUR niedriger als veranschlagt. Verrechnungstechnisch bedingt waren hingegen Mehrausgaben von 163 Mio. EUR bei den Lehrlingsbeihilfen, denen allerdings gleichhohe Mehreinnahmen aus dem Insolvenz-Entgeltsicherungsgesetz gegenüberstanden. Da auch die Einnahmen aus Arbeitslosenversicherungsbeiträgen um 280 Mio. EUR höher als budgetiert waren, war der Abgang aus der zweckgebundenen Gebarung Arbeitsmarktpolitik mit 566 Mio. EUR um fast die Hälfte niedriger als veranschlagt (1.078 Mio. EUR).

Der Bundesbeitrag zur Sozialversicherung war deutlich geringer als budgetiert, weil einerseits die Ausgaben um 229 Mio. EUR unter den veranschlagten Werten lagen und andererseits Mehreinnahmen aus Abrechnungen der Sozialversicherungsträger für 2011 iHv 183 Mio. EUR anfielen.

Verwaltung des Bundesvermögens

Bei der Verwaltung des Bundesvermögens blieben die Ausgaben mit 1,557 Mrd. EUR um 1,067 Mrd. EUR (41 %) hinter dem Voranschlag zurück.

Die Minderauszahlungen waren einerseits durch die Umschichtung von veranschlagte Zahlungen für Griechenlanddarlehen von 516 Mio. EUR auf den EFSF und andererseits durch einen um 390 Mio. EUR geringeren Mittelbedarf für Haftungen im Rahmen des Ausfuhrförderungsverfahrens bedingt. Im Bereich der Ausfuhrförderungen entstanden allerdings auch Mindereinnahmen von 361 Mio. EUR durch geringere Rückflüsse aus Schadenszahlungen. Mit der 2. BFG-Novelle BGBl. I Nr. 62/2012 wurde für die 2012 erfolgte Auszahlung der ersten beiden Raten iHv 900 Mio. EUR auf den österreichischen Eigenkapitalanteil von 2,23 Mrd. EUR am Europäischen Stabilitätsmechanismus (ESM) vorgesorgt.



Bankenpaket

Das Finanzmarktstabilisierungsgesetz sieht einen Rahmen von bis zu 15 Mrd. EUR für Eigenkapitalmaßnahmen bei Kreditinstituten und Versicherungsgesellschaften (Partizipationskapital, Erwerb von Gesellschaftsanteilen durch den Bund, Haftungsübernahmen) vor. Dieser Rahmen war Ende 2012 mit 13,12 Mrd. EUR (Vorjahr 10,97 Mrd. EUR) ausgenutzt.

Im BVA 2012 wurden zunächst Ausgaben iHv 80,2 Mio. EUR budgetiert. Im Rahmen der 1. BFG-Novelle BGBl. I Nr. 25/2012 wurden zusätzliche Ausgaben iHv insgesamt 1,813 Mrd. EUR budgetiert, davon 534,6 Mio. EUR für Zuschüsse an die KA Finanz AG und 250,0 Mio. EUR für eine Kapitalerhöhung bei der Österreichische Volksbanken AG sowie 1,028 Mrd. EUR für zusätzliche Maßnahmen gemäß Finanzmarktstabilisierungsgesetz, die aus den zweckgebundenen Einnahmen aus dem Sonderbeitrag zur Stabilitätsabgabe (128,0 Mio. EUR) und der Vorwegbesteuerung der Pensionskassen (900,0 Mio. EUR) finanziert werden sollten. Die Mittel für zusätzliche Maßnahmen wurden zu 500 Mio. EUR für eine Kapitalerhöhung an der Hypo-Alpe-Adria, zu 389 Mio. EUR für eine Kapitalerhöhung an der KA Finanz AG und zu 133,7 Mio. EUR für die Inanspruchnahme einer Bürgschaft für die KA Finanz AG verwendet.

Finanzierungen, Währungstauschverträge

Wie schon in den Vorjahren waren die Zinszahlungen und der sonstige Aufwand für Finanzierungen und Währungstauschverträge (UG 58) deutlich geringer als veranschlagt. Der Bund wendete dafür um insgesamt 1,332 Mrd. EUR (17 %) weniger auf als im BVA 2012 vorgesehen.



Die Ausgaben für die Finanzschuld (ohne kurzfristige Verpflichtungen) entwickelten sich wie folgt:

Zinsen und sonstiger Aufwand für die Finanzschuld (in Mio. EUR)

Jahr	Zinsen und sonstiger Aufwand	Voranschlag	Differenz
2007	6.757	6.851	-94
2008	6.702	6.715	-13
2009	6.718	7.298	-580
2010	5.729	7.954	-2.225
2011	6.805	7.687	-882
2012	6.615	7.848	-1.233
BVA 2013		6.494	

Quellen: BRA, BVA, Monatserfolg Dezember 2012

Aufgrund der günstigen Entwicklung des Zinsniveaus für österreichische Staatsschulden liegt die tatsächliche Belastung aus Zinsausgaben trotz des deutlich höheren Schuldenstandes mit insgesamt 6,615 Mrd. EUR auch um 190 Mio. EUR niedriger als 2011.

Gebarungserfolg 2012 – Wesentliche Voranschlagsabweichungen Einnahmen

Öffentliche Abgaben

Die Einnahmen aus der UG 16-Öffentlichen Abgaben stiegen im Vergleichszeitraum zum Vorjahr um 1,875 Mrd. EUR, waren jedoch um 1,072 Mrd. EUR geringer als im BVA vorgesehen. Die Entwicklung der einzelnen Abgaben gestaltete sich unterschiedlich. Die Einnahmen der beiden wichtigsten Abgaben Lohn- und Umsatzsteuer stiegen stärker als budgetiert. Die Lohnsteuer erbrachte um 1,608 Mrd. EUR mehr als 2011 und um 392 Mio. EUR mehr als budgetiert. Das Plus bei der Umsatzsteuer beträgt im Vergleich zu 2011 1,211 Mrd. EUR, der Abgabenerfolg ist um 372,3 Mio. EUR höher als veranschlagt. Die Entwicklung resultiert aus einem stärkeren Anstieg der nominellen Bruttolohn- und Gehaltssumme und einem kräftigen Inlandskonsum.



Dagegen blieben insbesondere die veranlagte Einkommenssteuer (-258 Mio. EUR Abweichung zum BVA), die Kapitalertragssteuer (-235,8 Mio. EUR), die Kapitalertragssteuer auf sonstige Erträge (-232,7 Mio. EUR) und die Körperschaftssteuer (-173,4 Mio. EUR) hinter dem BVA zurück. Dies ist durch negative Ergebnisse aus Veranlagungen und damit reduzierte Vorauszahlungen und das niedrige Zinsniveau begründet.

Die mit 900 Mio. EUR für 2012 geplanten Mehreinnahmen durch Vorwegbesteuerung der Einzahlungen in die betrieblichen Pensionskassen konnten nicht im geplanten Ausmaß realisiert werden, die tatsächlichen Einnahmen betragen 246,9 Mio. EUR. Auch die Zusatzabgabe zur Stabilitätsabgabe beläuft sich mit 71,7 Mio. EUR nur auf 56 % des budgetierten Wertes iHv 128 Mio. EUR, obwohl die Stabilitätsabgabe der Banken mit 511,2 Mio. EUR nur um 8,8 Mio. EUR geringfügig unter dem Plan blieb. Deutlich besser als erwartet entwickelten sich die Grunderwerbssteuererlöse und die Flugabgabe. Die Einnahmen aus der Grunderwerbssteuer stiegen im Vergleich zum Vorjahr um 181,4 Mio. EUR auf 935,4 Mio. EUR und lagen um 21 % über dem Voranschlag, was in Vorzieheffekten begründet sein dürfte.

Andere Einnahmen

Hinter den Erwartungen zurück blieben die Einnahmen aus dem Bundesvermögen, die mit 1,060 Mrd. EUR um 210,3 Mio. EUR (17 %) geringer waren als budgetiert. Hauptgrund waren die geringeren Rückflüsse aus Schadenszahlungen im Bereich der Ausfuhrförderung (361 Mio. EUR), Mehreinnahmen resultierten hingegen aus zusätzlichen Haftungsentgelten für neu übernommene Haftungen (66 Mio. EUR) und höheren Liegenschaftserlösen (62,5 Mio. EUR).

Deutliche Mehreinnahmen gegenüber dem BVA wurden bei den Gerichtsgebühren verzeichnet (+142 Mio. EUR).

Kassenverwaltung – Rücklagen

Bedeutende Mehreinnahmen entstanden dadurch, dass um 1,199 Mrd. EUR mehr Rücklagen entnommen oder aufgelöst wurden als budgetiert. Es handelt sich dabei um Rücklagen, die schon vor der Haushaltsrechtsreform 2009 gebildet wurden und die bis Ende 2012 verbraucht werden mussten oder (bis auf wenige Ausnahmen) aufgelöst wurden. Nur noch die Verwendung oder Auflösung dieser Rücklagen stellt eine Budgeteinnahme dar, nach der Haushaltsrechtsreform gebildete Rücklagen werden erst beim konkreten Bedarf finanziert.



Eine Rücklagenübersicht ist im vorläufigen Gebarungserfolg 2012 nicht enthalten. Zum 3. Oktober 2012 bestanden gemäß dem Budgetbericht 2013 insgesamt 17,8 Mrd. EUR an Rücklagen, davon 2,3 Mrd. EUR an Rücklagen vor der Haushaltsrechtsreform.



Vorläufiger Gebarungserfolg 2012 – Ausgaben (in Mio. EUR)

	BVA 2012 ¹⁾	vorl. Erfolg 2012	Ab- weichung	Ab- weichung in %
UG 01-06 Oberste Organe	248,9	238,7	-10,2	-4,1%
UG 10 Bundeskanzleramt	343,5	277,4	-66,1	-19,2%
<i>hievon Regional- u. strukturpolitische Maßnahmen</i>	95,5	46,9	-48,6	-50,9%
UG 11 Inneres	2.470,2	2.404,1	-66,0	-2,7%
UG 12 Äußeres	422,8	398,3	-24,5	-5,8%
UG 13 Justiz	1.185,9	1.276,4	90,6	7,6%
UG 14 Militärische Angelegenheiten und Sport	2.232,3	2.205,3	-27,0	-1,2%
UG 15 Finanzverwaltung	1.219,0	1.143,5	-75,5	-6,2%
<i>hievon IT-Bereich</i>	145,0	167,3	22,3	15,4%
<i>Zoll- u. Abgabenverwaltung</i>	702,9	678,9	-24,0	-3,4%
UG 16 Öffentliche Abgaben	0,0	0,0	0,0	0,0%
UG 20 Arbeit	6.191,3	6.110,4	-80,8	-1,3%
<i>hievon Leistungen nach dem ALVG, AMSG u. AMFG</i>	4.683,3	4.384,9	-298,4	-6,4%
<i>sonstige Leistungen im Rahmen der AMP I + II</i>	1.481,7	1.532,9	51,2	3,5%
UG 21 Soziales und Konsumentenschutz	3.005,4	2.986,9	-18,4	-0,6%
<i>hievon Pflegegeld</i>	2.405,6	2.405,6	0,0	0,0%
<i>Zahlungen gem. Pflegefondsgesetz</i>	150,0	135,7	-14,3	-9,5%
UG 22 Sozialversicherung	10.024,0	9.795,3	-228,7	-2,3%
<i>hievon Bundesbeitrag zur Pensionsversicherung</i>	8.977,9	8.746,8	-231,0	-2,6%
<i>Ausgleichszulagen</i>	999,6	1.002,1	2,4	0,2%
UG 23 Pensionen	9.017,3	8.917,9	-99,4	-1,1%
<i>hievon Pensionen f. Landeslehrer u. -lehrerinnen (ohne Pflegegeld)</i>	1.338,8	1.367,1	28,2	2,1%
<i>Pensionen für ÖBB</i>	2.329,9	2.238,3	-91,6	-3,9%
<i>Pensionen für Ämter gem. Poststrukturgesetz</i>	1.319,6	1.304,8	-14,7	-1,1%
UG 24 Gesundheit	928,2	949,9	21,8	2,3%
<i>hievon Zweckzuschüsse f. Krankenanstalten (fix+variabel)</i>	573,4	577,6	4,2	0,7%
UG 25 Familie und Jugend	6.405,6	6.371,4	-34,2	-0,5%
<i>hievon Ausgleichsfonds f. Familienbeihilfen</i>	6.319,7	6.289,7	-30,0	-0,5%
<i>hievon Familienbeihilfen</i>	3.167,7	3.138,3	-29,4	-0,9%
<i>Kinderbetreuungsgeld</i>	1.157,7	1.162,3	4,7	0,4%
<i>Sonstige familienpolitische Maßnahmen</i>	1.364,8	1.286,1	-78,7	-5,8%
<i>Zahlung an den Reservefonds</i>	74,5	169,5	95,0	127,4%
UG 30 Unterricht, Kunst und Kultur	8.316,9	8.353,6	36,7	0,4%
<i>hievon Zahlungen f. Landeslehrer u. -lehrerinnen</i>	3.537,8	3.585,4	47,6	1,3%
UG 31 Wissenschaft und Forschung	3.847,5	3.777,6	-70,0	-1,8%
<i>hievon Universitäten; Träger öffentlichen Rechts</i>	2.850,2	2.810,8	-39,4	-1,4%
<i>Klimikaufwendungen</i>	67,2	34,6	-32,6	-48,6%
<i>Studienförderung</i>	195,0	188,5	-6,5	-3,3%
<i>Fachhochschulen</i>	239,4	239,2	-0,2	-0,1%



Vorläufiger Gebarungserfolg 2012 – Ausgaben (in Mio. EUR)

	BVA 2012 ¹⁾	vorl. Erfolg 2012	Ab- weichung	Ab- weichung in %
UG 33 Wirtschaft (Forschung)	100,8	110,0	9,2	9,1%
UG 34 Verkehr, Innovation und Technologie	382,4	339,6	-42,8	-11,2%
UG 40 Wirtschaft	445,5	460,0	14,5	3,3%
<i>hievon Wirtschaftsförderungen</i>	165,1	153,1	-12,0	-7,2%
UG 41 Verkehr, Innovation und Technologie	2.970,6	2.814,5	-156,1	-5,3%
<i>hievon Eisenbahn-Infrastruktur</i>	1.641,6	1.587,8	-53,8	-3,3%
<i>Klima- u. Energiefonds</i>	91,5	51,8	-39,7	-43,3%
UG 42 Land-, Forst- und Wasserwirtschaft	2.144,6	2.108,9	-35,7	-1,7%
<i>hievon Marktordnungsmaßnahmen</i>	774,1	715,9	-58,2	-7,5%
<i>Entwicklung des ländlichen Raumes</i>	799,2	820,0	20,8	2,6%
UG 43 Umwelt	1.007,5	735,5	-272,0	-27,0%
<i>hievon Wasserwirtschaft gem. UFG</i>	349,8	335,4	-14,4	-4,1%
<i>Umweltförderung im In- u. Ausland</i>	146,5	117,9	-28,7	-19,6%
<i>JI / CDM - Programm</i>	202,6	80,0	-122,7	-60,5%
<i>Klima- u. Energiefonds</i>	84,0	59,0	-25,0	-29,8%
UG 44 Finanzausgleich	770,4	708,7	-61,7	-8,0%
<i>hievon Leistungen an Länder u. Gemeinden</i>	218,9	198,4	-20,5	-9,4%
<i>Zweckzuschüsse I + II</i>	190,2	189,5	-0,7	-0,4%
UG 45 Bundesvermögen	2.623,9	1.556,7	-1.067,2	-40,7%
<i>hievon Internationale Finanzinstitutionen</i>	381,2	276,0	-105,2	-27,6%
<i>ESM</i>	900,0	890,7	-9,3	-1,0%
<i>Bundesdarlehen; Auslandshilfe</i>	518,1	2,2	-515,9	-99,6%
<i>Haftungsübernahmen (AFG, AFGG ua.)</i>	703,8	262,6	-441,2	-62,7%
UG 46 Finanzmarktstabilität	1.892,8	1.887,4	-5,4	-0,3%
UG 51 Kassenverwaltung	335,6	336,9	1,3	0,4%
<i>hievon Geldverkehr des Bundes</i>	7,0	0,0	-7,0	-100,0%
<i>Siedlungswasserwirtschaft</i>	307,1	297,0	-10,0	-3,3%
UG 58 Finanzierungen, Währungstauschverträge	7.947,1	6.615,6	-1.331,5	-16,8%
Gesamtausgaben	76.479,9	72.880,7	-3.599,2	-4,7%

1) BVA 2012 inkl. der 1. BFG-Novelle BGBl. I Nr. 25 vom 25. April sowie der 2. BFG-Novelle BGBl. I Nr. 62 vom 24. Juli 2012



Vorläufiger Gebarungserfolg 2012 – Einnahmen (in Mio. EUR)

	BVA 2012 ¹⁾	vorl. Erfolg 2012	Ab- weichung	Ab- weichung in %
UG 16 Öffentliche Abgaben				
Lohnsteuer	23.000,0	23.392,0	392,0	1,7%
Umsatzsteuer	24.230,0	24.602,3	372,3	1,5%
Einkommensteuer	2.860,0	2.602,0	-258,0	-9,0%
Körperschaftsteuer	5.500,0	5.326,6	-173,4	-3,2%
Kapitalertragsteuer auf Zinsen	1.565,0	1.332,3	-232,7	-14,9%
Tabaksteuer	1.600,0	1.620,8	20,8	1,3%
Mineralölsteuer	4.350,0	4.181,4	-168,6	-3,9%
Verkehrssteuern	5.672,0	5.967,1	295,1	5,2%
Nebenansprüche (inkl. Abgabenguthaben)	100,0	300,4	200,4	200,4%
Sonstige Abgaben	4.846,0	3.828,2	-1.017,8	-21,0%
Öffentliche Abgaben-brutto	73.723,0	73.153,1	-569,9	-0,8%
Ab-Überweisungen:				
Anteile für Länder, Gemeinden, Fonds etc.	-26.344,0	-26.458,0	-114,1	0,4%
EU-Beitrag	-2.500,0	-2.888,3	-388,3	15,5%
Öffentliche Abgaben-netto	44.879,0	43.806,8	-1.072,2	-2,4%
Sonstige Einnahmen				
Arbeitsmarktpolitik	5.002,6	5.290,7	288,1	5,8%
<i>hievon Arbeitslosenversicherungsbeiträge</i>	5.000,6	5.280,1	279,5	5,6%
Ausgleichsfonds für Familienbeihilfen	6.319,7	6.303,2	-16,5	-0,3%
<i>hievon Dienstgeberbeiträge</i>	5.175,3	5.157,1	-18,3	-0,4%
<i>Anteile an öffentl. Abgaben</i>	1.059,0	1.054,0	-5,0	-0,5%
Reservefonds für Familienbeihilfen	74,5	169,5	95,0	127,4%
Gerichtsgebühren	692,8	834,9	142,1	20,5%
Lehrlingsausbildungsprämien (Ersatz vom IAF)	0,0	162,5	162,5	n.v.
Einhebungsvergütungen	57,5	59,4	1,9	3,3%
Bundesbeitrag zur Pensionsvers. (inkl. Abrechnungsreste)	22,0	204,7	182,6	830,1%
Ersätze der ÖBB für Pensionen	387,9	407,3	19,4	5,0%
Ersätze der Ämter gem. Poststrukturgesetz für Pensionen	222,9	208,1	-14,8	-6,7%
Pensionsbeiträge, Pensionssicherungsbeiträge und Überweisung von Pensionsträgern	811,7	866,8	55,1	6,8%
Wirtschaft: Förderzinse	128,3	198,1	69,8	54,4%
BMVIT: insb. Funkgebühren, Wasserbaumittel, Bundesstraßen	482,1	324,6	-157,5	-32,7%
Landwirtschaft: Kat. Fonds	132,3	168,7	36,4	27,5%
Umwelt; Wasserwirtschaft gem. UFG	349,8	335,4	-14,4	-4,1%
Finanzausgleich: Überweisung f. Krankenanstaltenfinanzierung	141,7	144,3	2,6	1,8%
Katfonds; Dotierung (Steueranteile, Zinserträge)	361,3	329,2	-32,1	-8,9%
Einnahmen aus Kapitalbeteiligungen ÖIAG	160,0	155,0	-5,0	-3,1%
Einnahmen aus Kapitalbeteiligungen Verbund	97,4	97,5	0,0	0,0%
OeNB-Gewinnabfuhr	180,4	169,5	-10,9	-6,1%
Fruchtgenussentgelt ASFINAG	50,0	22,5	-27,5	-55,0%
Einnahmen aus Haftungen (AFG, AFFG ua.)	655,6	458,7	-196,9	-30,0%
Finanzmarktstabilität	720,1	512,5	-207,5	-28,8%
Einnahmen aus Kassenbewirtschaftung	89,1	15,9	-73,1	-82,1%



Vorläufiger Gebarungserfolg 2012 – Einnahmen (in Mio. EUR)

	BVA 2012 ¹⁾	vorl. Erfolg 2012	Ab- weichung	Ab- weichung in %
Siedlungswasserwirtschaft	328,5	328,5	0,0	0,0%
Rücklagenentnahmen und -auflösungen	408,6	1.607,4	1.198,7	293,3%
EU-Rückflüsse (ESF, EFRE, EAGFL)	1.495,4	1.463,4	-32,0	-2,1%
Einnahmen aus Liegenschaftsverkäufen	32,0	95,0	63,0	197,0%
Übrige Einnahmen	1.056,9	1.191,2	134,3	12,7%
Summe Sonstige Einnahmen	20.461,3	22.124,3	1.663,0	8,1%
Gesamteinnahmen	65.340,3	65.931,1	590,8	0,9%

1) BVA 2012 inkl. der 1. BFG-Novelle BGBl. I Nr. 25 vom 25. April sowie der 2. BFG-Novelle BGBl. I Nr. 62 vom 24. Juli 2012